

Änderungsantrag

der Fraktionen der SPD, FDP

**zur zweiten Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs
eines Gesetzes zum Schutze der Teilnehmer am Fernunterricht
– Fernunterrichtsschutzgesetz – (FernUSG)
– Drucksachen 7/4245, 7/4965 –**

Der Bundestag wolle beschließen:

1. § 14 Abs. 1 wird wie folgt gefaßt:

„(1) Der Veranstalter hat bei geschäftlicher Werbung für Fernlehrgänge durch Übermittlung von Informationsmaterial einen vollständigen Überblick über die Vertragsbedingungen und die Anforderungen an den Teilnehmer zu geben. Das Informationsmaterial muß insbesondere einen vollständigen Überblick über die in § 3 Abs. 1 a Satz 2 Nr. 2 bis 4 und 6 und Abs. 2 Nr. 1 bis 3 und 5 genannten Angaben und über das Widerrufsrecht des Teilnehmers (§ 4) enthalten.“

2. § 19 Abs. 1 Nr. 3 erhält folgenden neuen Buchstaben a:

„a) entgegen § 14 Abs. 1 als Veranstalter Informationsmaterial übermittelt, das keinen vollständigen Überblick über die Vertragsbedingungen und die Anforderungen an den Teilnehmer gibt,“.

Absatz 1 Nr. 3 Buchstabe a wird Buchstabe b.

Absatz 1 Nr. 3 Buchstabe b wird Buchstabe c.

Bonn, den 5. Mai 1976

Wehner und Fraktion

Mischnick und Fraktion